

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

356 (3.8.1921) Abendausgabe

Badische Presse

und Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Kleiner-Kundscham / Feld u. Garten / Reise- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Verlags-Betriebe:
 In Karlsruhe: Im Verlage
 und in den Niederlagen abwärts
 monatlich M. 6.— bei ins Haus
 geliefert M. 6.75.
 In Wiesbaden: Von unseren Ver-
 tretern bezogen M. 6.75. Durch die
 Post einzeln Aufschlag M. 6.75.
 Einzelnummer 20 Pfennig.

Anzeigen:
 Die Badische Nonpareille M. 1.80,
 auswärts M. 2.30. Stellenangebote u.
 Familien-Anzeigen M. 1.50 — Die
 Anzeigen M. 8.— an 1. Stelle M. 8.50
 Bei Wiederholung tariflicher Rabatte,
 bei der Nichtbeachtung des Rates,
 bei gerichtlichem Verbot und
 bei sonstigen außer Kraft tritt
 der Verantwortlichkeit und Last der
 Aufnahme kann keine Gewähr über-
 nommen werden.
 Im Kauf vorübergehend hat der Ver-
 leger keine Ansprüche der Verjährung
 oder Nichterfüllung der Reklame.

Eigentum und Verleger von
 Ferd. Thiermann
 Hauptverleger:
 Hans Bahner Schreiber.
 Verantwortl. Redakt. u. Ver-
 waltung: Dr. W. Schuler.
 Baden: Martin Schuler, Kar-
 lsruher Anzeigengesellschaft, Sport- u.
 Volleimerer, Kunst, Wissenschaft und
 Unterhaltung: A. Rudolph, Badische
 Zeitung: L. S. u. W. Schuler; An-
 zeigen: A. Rindfleisch, alle in
 Karlsruhe.
 Berliner Korrespondenz:
 Dr. Erich Goerth.
 Verlagsredaktion:
 Geschäftsstelle: Nr. 86,
 Schriftleitung: Nr. 309 und 319.
 Geschäftsstellen:
 Berlin- und Sammlerstraße, nächst
 Kaiserstraße und Marktplatz.
 Postfach: Karlsruhe Nr. 8359

Neue Zuspitzung im Streit um Oberschlesien.

Die Komödie vom „gemeinsamen Schritt.“

Paris, 3. Aug. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Berliner Vertreter des Rotterdamer Waasbode seinem Blatte drahtet, hat gestern nachmittag eine Konferenz zwischen dem französischen Botschafter Laurent, dem englischen Lord D'Albion, und (in Vertretung des abwesenden Botschafters Frassati) einem italienischen Botschafters stattgefunden. Diese Konferenz, die auf Wunsch der betreuenden Regierungen zusammentrat, beschäftigte sich mit der Frage der gemeinsamen Schritte, die über eventuell notwendig werdende Truppenverstärkungen nach Oberschlesien bei der deutschen Regierung zu unternehmen seien. Auf der Konferenz ergab sich, wie der Korrespondent betont, keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheit; dagegen konnte man sich nicht über den genauen Wortlaut der Note einigen. Die Botschafter haben sich insoweit gestern nachmittag an ihre Regierungen gewandt und denen selbst die Redaktion der Note überlassen. Die Antwort der Regierungen, — und somit die fertiggestellte Note — wird von den Botschaftern noch im Laufe des heutigen Tages erwartet und dürfte vielleicht spät heute abend, vielleicht auch erst morgen vormittag der deutschen Regierung überreicht werden. Es muß betont werden, daß es sich hier nicht um einen politischen Antrag handelt, mehr Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, sondern um die Vorbereitung der Maßnahmen, im Falle der Notwendigkeit solche Sendungen sofort vornehmen zu können.

Um den „gemeinsamen Schritt“ der alliierten Botschafter muß es doch schließlich bestellt sein. Schon gestern verlaublich, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Albion den Wortlaut seiner Instruktionen nicht anerkannte und deswegen eine Rückfrage nach London stellte. Wie sich aus der vorliegenden Meldung ergibt, entstehen die gleichen Schwierigkeiten in Berlin, wie sie vor der Festlegung des Datums des Obersten Rates zwischen Paris und London am Platze waren. Es liegt bis zur Stunde noch keine Meldung vor, daß dieser Schritt bereits erfolgt sei. Wenn er erfolgen sollte, so läßt sich jetzt schon sagen, daß die Formulierung der Note zum mindesten eine sehr zahme sein wird. Daß dem so ist, daß England keine Stellungnahme nicht ändern wird, erhellt auch aus folgender Meldung:

Der schwierige Truppentransport.

V. Basel, 3. August. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In Paris verzichtet man mit großem Erstaunen einen Artikel des „Daily Chronicle“, der bekanntlich das offiziöse Organ Lloyd Georges ist, worin erklärt wird, daß England sich keineswegs in der Frage der Truppentransporte engagiert habe. Man rechnet auf Grund dieses Artikels damit, daß von englischer Seite in diesem Punkte eine kategorische Ablehnung erfolgen werde und daß der ganze Streit, der in der vergangenen Woche darüber tobte, im Obersten Rat wieder neu entfacht werde. Die Briand'sche Presse weist ganz besonders auf eine Pariser Meldung der „B. 3. am Mittag“ hin, wonach Frankreich auf der Konferenz des Obersten Rates „umfallen“ und die Linie Sforzas oder eine noch weniger polenfreundliche annehmen werde und begleitet diese Meldung mit heftigen Kommentaren an die Adresse des Ministerpräsidenten.

Schwierigkeiten bei den Sachverständigen.

In Paris bemühen sich die Sachverständigen in der Zwischenzeit weiter, zu einer Einigung zu gelangen. Auch hier die gleichen Schwierigkeiten. Und immer noch beharren England und Italien auf ihrem Standpunkt; Nachgiebigkeit wird nur von Frankreich gemeldet. Uns liegen folgende Meldungen vor:

Berlin, 3. August. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Pariser Mitarbeiter der „Berliner Neuesten

Nachrichten“ teilt auf Grund von Indiskretionen über die Sachverständigenkonferenz mit, daß die französischen Sachverständigen, nachdem sie noch gestern die Koranlinie verteidigt hätten, im Großen und Ganzen jetzt auf die erste Linie Sforzas eingehen wollen, falls die Distrikte Glesiwitz und Hindenburg zum polnischen Besitz hinzugeschlagen würden. Die Tatsache, daß die Linie Sforzas oder eine ähnliche von französischer Seite als distinktionsfähig angesehen wird, begegnet heftiger Ablehnung von englisch-italienischer Seite, die diesen Linien nur dokumentarischen Wert zuerkennt und Polen höchstens Rybnitz und Pleß zuteilen will. Die Parteien sind noch weit voneinander entfernt und es wäre nicht verwunderlich, fägte der Korrespondent hinzu, wenn man in kurzem erfahren würde, daß der Oberste Rat sich auf ein provisorisches Regime in Oberschlesien geeinigt hat.

Dr. R. Genf, 3. Aug. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Sachverständigenkonferenz in der ober-schlesischen Frage scheint an der berühmten Mauer angelangt zu sein. Aus der Mitteilung von Pariser Korrespondenten hiesiger Blätter geht hervor, daß die französischen Sachverständigen bemüht sind, die italienischen Sachverständigen auf ihre Seite zu ziehen, während die englischen Sachverständigen die Bedeutung der Beratungen dieser „Experten-Kommission“ dadurch herabsetzen, daß sie an ihnen möglichst wenig teilzunehmen. Der Korrespondent des „Journal de Genève“ erklärt mit sehr wichtiger Miene, daß die Arbeiten der Konferenz sehr mühselig seien, daß sie sich aber wohl trotzdem nicht werde auf eine bestimmte Grenzlinie einigen können. Das Problem sei mit reiner Mathematik nicht zu lösen, und deshalb könnten nur die Regierungen selbst ihm beikommen. Inmehrin sei die Arbeit der Konferenz nicht überflüssig, denn sie werde dem Obersten Rat ein „abgekürztes Material“ liefern, also sozusagen eine „Destillationskommission“ sein.

Natürlich ist Deutschland mit der geringen Nachgiebigkeit Frankreichs nicht gedient. Auch das Projekt der vorläufigen Regelung ist schon so häufig besprochen, daß man sich die Worte sparen kann. Englands Taktik geht ganz klar aus den vorläufigen Meldungen hervor: Die Entscheidung nicht in der Sachverständigenkommission fallen zu lassen, sondern von den Regierungen selbst, vom Obersten Rat. Und bei diesen Beratungen kann Lloyd George schlechterdings, nachdem er sich so festgelegt hat, eigentlich nicht mehr sich mit einem Provisorium zufrieden geben.

Teilung der Pariser Konferenz.

II. Paris, 3. Aug. (Drahtbericht.) Man spricht davon, daß Lloyd George an der Pariser Konferenz nur die ersten Tage teilnehmen wird, und zwar nur solange, bis die Hauptfrage, nämlich die ober-schlesische Frage entschieden ist. Alle anderen Fragen würde Lloyd George seinem Stellvertreter überlassen. Der englische Ministerpräsident dürfte sich schon nach wenigen Tagen wieder nach London zurückbegeben. Die Pariser Konferenz wird also aus zwei Konferenzen bestehen, einer Konferenz der Ministerpräsidenten über Oberschlesien und einer Konferenz des Obersten Rates über die Ententefragen. Diesen Gerüchten liegen eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten über die Dauer der Konferenz zugrunde. Es hat den Anschein, als ob die englische Regierung die Konferenz auf wenige Tage und auf das ober-schlesische Problem beschränken wolle. Die englische Regierung hat auch gestern eine Kabinettsitzung abgehalten, in der die Pariser Konferenz und die ober-schlesische Frage zur Sprache gekommen ist. Lloyd George will am Donnerstag in Eistedforch eine große Rede halten.

Außerordentliche Sitzung der französischen Kammer?

II. Paris, 3. August. (Drahtbericht.) In der Kammer ging gestern das Gerücht um, daß eine scharfe Oppositionsgruppe beabsichtigt, eine außerordentliche Sitzung des Parlaments zu verlangen, da in der nächsten Zeit internationale Verwicklungen zu befürchten seien.

landes erwachsen sollten, dieses Jahr in Fortfall kommen. Dies hatte man in Paris, wo man doch stets erklärte, Deutsch-Oesterreichs Nachrangungsofen absetzen zu wollen, gewiß nicht beabsichtigt.

Von deutsch-österreichischer Seite ist alles für die Verwastungs-übergabe vorbereitet, ebenso auch für den Schutz des deutschen Landestelles, allerdings in Erwartung, daß der Frieden nicht gestört wird. Aber ohne die strenge Überwachung von Seiten der Entente und der Kleinen Entente bestehen Gefahren. Insbesondere die Kleine Entente wird wohl gezwungen sein, in der Aufrechterhaltung der Ruhe hier eine Frage von derselben Bedeutung zu sehen, wie in der Frage der habsburgischen Restauration. Gewisse ungarische Elemente möchten ganz augenscheinlich mit Deutsch-Westungarn eine erste Nachprüfung versuchen, in der Annahme, daß Ungarn leicht mit Deutsch-Oesterreich fertig werden könnte und daß weder Jugoslawien noch die Tschecho-Slowakei ein Interesse an dessen Verteidigung hätten. In Belgien und Prag dürfte man aber anderer Anschauung sein.

Deutschland und der Völkerverbund.

III. London, 3. Aug. Im Unterhaus teilte gestern Lord Fisher mit, von einer Absicht Deutschlands, seine Mitgliedschaft in der Völkerverbundversammlung zu beantragen, sei nichts bekannt. Die Frage der Aufnahme Deutschlands würde von dem Bunde selbst entschieden werden. Die britische Regierung gab ihren Delegierten keinerlei Instruktionen, wie sie in dieser Frage zu stimmen hätten. Chamberlain erklärte, Lloyd George werde der Zusammenkunft der Völkerverbundversammlung im September nicht beiwohnen. Die Regierung habe beschlossen, daß Balfour und der Unterrichtsminister Fisher an der Konferenz teilnehmen sollen. Ein dritter Minister sei noch nicht ernannt.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

II. Berlin, 3. August. (Drahtbericht.) Die Festlegung der Berliner Stadtverordnetenwahlen auf den 16. Oktober macht eine Verschiebung des bisher auf den 14. und 15. Oktober angedachten Parteitages der Deutschen Volkspartei notwendig. Der neue Zeitpunkt wird binnen kurzem bekanntgegeben.

Mador befreit.

d. Madrid, 1. August. Die spanische Fremdenlegion befreite mit beispielloser Tapferkeit die abgegrenzte, kaum noch wiederstands-fähige Garnison von Mador, südlich Melilla.

c. Basel, 2. Aug. Wie Savas aus Madrid erzählt, hat General Berenguer 20 000 Mann spanische Truppen gegen die Front der Aufständischen konzentriert. Die Offensive wird in zwei oder drei Tagen beginnen. König Alfonso hat sich von Melilla aus an die Front der spanischen Kolonialarmee begeben.

Umschau.

3. August 1921.

Die gestrige Reichstagsrede in Bremen lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die einfache Tatsache, daß bei dem Schicksal des umkämpften ober-schlesischen Gebietes Deutschland doch eigentlich der Rächstbeteiligte ist. Durch den im höchsten Maße spannenden Kampf, der in den letzten vierzehn Tagen zwischen Paris und London ausgetragen wurde, konnte diese Tatsache etwas verbunkelt werden. Es konnte in starker Verzerrung der wirklichen Verhältnisse beinahe so aussehen, als ob die ober-schlesische Frage in erster Linie oder beinahe ausschließlich eine zwischen England und Frankreich schwebende machtpolitische Angelegenheit sei. Allerdings sind ja die Interessen, durch die England sowohl wie Frankreich mit dem Schicksal Oberschlesiens verbunden sind, nicht unbedeutend. Den Engländern sind die Augen darüber ausgegangen, daß Oberschlesien für Frankreich nur die vorletzte Etappe auf dem Wege zur militärischen und wirtschaftlichen Hegemonie auf dem europäischen Festland bedeutet, daß die Franzosen den Deutschen eine — wie sie es sehen — große Waffenschmiede nehmen und den Polen geben wollen, damit diese umso wirksamer die afrikanischen Hilfstruppen Frankreichs ergämen. Die Enthüllungen über die geplanten französischen Kapitalbeteiligungen im ober-schlesischen Industriegebiet lassen ferner ganz deutlich erkennen, daß Frankreich durch eine seinen Wünschen entsprechende Regelung der ober-schlesischen Frage dem Ziel eines europäischen Kohlenimperiums näher zu kommen hofft, da dann nur noch die Besetzung des Ruhrbeckens übrig bleibt, für die man auch noch einen Vorwand erhofft. Sowohl die militärische Vormacht Frankreichs auf dem Kontinent wie der Plan des französischen Kohlenimperiums sind natürlich den Engländern umso unerträglich, je mehr sie sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, einen Teil ihrer außereuropäischen Stellung den Amerikanern abzugeben.

Wir müssen mit diesen englisch-französischen Interessengegenständen rechnen und deren Entwicklung scharf beobachten, aber wir dürfen nicht unterlassen, der Welt immer wieder zuzurufen, daß die Interessen der Sieger nicht maßgebend sein dürfen in einer Entscheidung, mit der die Existenz Deutschlands und der Wiederaufbau normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen so eng verbunden sind. Der Richter hat nicht zu urteilen nach seinen Interessen, sondern nach dem Recht, und selbst in dem elendesten aller Friedensverträge, dem Nachwehl von Versailles, steht in der ober-schlesischen Frage das Recht auf der deutschen Seite. Das ist der zugrunde liegende Gedanke in den gestrigen Ausführungen des Reichstagslers. „Die Wiederaufbauarbeit ist nur möglich unter dem Gedanken des Rechts, nicht unter dem Gedanken der Macht.“ Dr. Wirth hat die Erfahrungen der letzten Jahre für sich, wenn er so spricht. Seit beinahe drei Jahren ist der Kriegszustand beendet, aber anstatt daß sich heute Deutschland und die Welt auf einer stetigen Linie des Wiederaufbaus befinden mit dem Ziel baldiger Herstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen, lagern heute, wie der Kanzler sagt, „Todes-schatten über dem Kontinent, der der Bringer des Rechts und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte.“ Und Dr. Wirth geht auch einig mit der Auffassung aller derer, die von weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten und von Vernunft, nicht von schicksalverwandten nationalitätlichen Interessen geleitet, die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen beurteilen, wenn er nationalitätlichen Hochnut und grenzenlose politische Leidenschaften, die zur Zeit in Warschau und Paris ihre sicherste Heimstatt haben, als die Gründe für die bestehende Todesgefahr des Kontinents, für die Gefahr des weltwirtschaftlichen Zusammenbruchs erkennt.

Lloyd George hat in seiner jüngsten Rede in Oxford, auf die Dr. Wirth sich bezog, ganz ähnliche Gedanken vertreten, indem er ausführte, daß heute, drei Jahre nach Einstellung der Waffenkämpfe, von einem wirklichen Frieden noch immer nicht geredet werden könne. Er hat von der Gefahr gesprochen, daß ein längeres Hinauszögern der Entscheidung über Oberschlesien eine weitere Auf-schiebung des Friedens und darum einen halben Frieden bedeuten könne. Er hat auf die furchtbaren Folgen hingewiesen, die eine un-gerechte Entscheidung haben könnte. Gegenwärtiger Haß der Völker würde die Maschinerie der Zerstörung weiterlaufen lassen, neue blutige Konflikte vorbereiten und es schließlich dahin bringen, daß das ganze Europa dem Norden Frankreichs gliche. Das ist der gleiche Grundton, der in der Frage des Reichstagslers liegt, ob das neue Ultimatum eine neue Zerstörung über Europa bringen und Europa noch einmal durch neuen Werraar hindurchzuführen solle. Wir dürfen aber über all dem Einklang, der zwischen den Reden Wirths und Lloyd Georges besteht, nicht übersehen, daß es in England etwas gibt, das man „earn“ nennt. Fast noch jeder englische Staatsmann hat es verstanden, selbst eine Politik von brutalem Imperialismus und von grenzenloser Rohheit in einen moralischen Mantel zu hüllen. Wenn nun auch nicht zu verkennen ist, daß diesmal in der ober-schlesischen Frage die englischen Interessen ein gutes Stück mit den deutschen parallel laufen, entscheidend bleiben doch für den englischen Staatsmann die Interessen seines Landes und die politischen Macht-Verhältnisse. Bei aller Begeisterung für den Gedanken des Rechts in der Politik sollte Herr Wirth nicht das Argum jeder geliebten Politik vergessen, daß uns zwar aufgegeben ist das Recht, aber gegeben der Kampf. Mit allen schönen Reden über den „moralischen Kern der Weltgeschichte“ und über Glück und Wohlfahrt der Völker kann Dr. Wirth gegen Lloyd George nicht so viel erreichen als wenn er durch Taten auf die interessenmäßige Einstellung zu wirken suchte. Die Existenz des Kabinetts Wirth-Rathenau, welches eine Erfüllung der Reparation im Rahmen des Möglichen anstrebt und dadurch beizutragen sucht, politische Hemmungen des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus zu beseitigen, bedeutet für Lloyd George und die englischen Wirtschaftskreise unter den jetzigen Verhältnissen ein Interesse ersten Ranges. Es ist unverständlich, warum Herr Wirth die Gelegenheit seiner letzten gestrigen Rede noch immer nicht benutzte, um die Gegen-seite bei diesem Interesse zu fassen. Bis zu dem Schicksalsdatum des 8. August ist es nicht mehr allzu weit. Selbst wenn Dr. Wirth der englischen Regierung hinter den Kulissen zu verstehen gegeben haben sollte, daß er zurücktreten würde, wenn die Entscheidung in Ober-schlesien nicht auf der Grundlage der deutschen Rechtsansprüche falle, so genügt das nicht. Ein öffentliches Aussprechen dieser Tatsache könnte den Druck der englischen öffentlichen Meinung auf Lloyd George wesentlich stärken. Hier liegt das Manko der gestrigen Kanzlerrede, und es ist leider kaum noch zu erwarten, daß Dr. Wirth die Lücke noch rechtzeitig ausfüllt.

Die Uebergabe Deutsch-Westungarns.

Die Uebergabe Deutsch-Westungarns an die Entente ist ein Ereignis, das in den nächsten Tagen. Der zum deutsch-österreichischen Landesverwalter des Burgenlandes ernannte Sektionschef im Ministerium des Innern, Dr. Robert Dorn, verläßt alsbald Wien, um auf Einladung der Interalliierten Kommission an der ersten Sitzung, am 8. August, in Odenburg teilzunehmen. Eine größere Anzahl Ententeoffiziere ist nach Odenburg beordert, um unter dem Oberbefehl der englischen, französischen und italienischen Generale die Ruhe und Ordnung in Deutsch-Westungarn während der Uebergabe zu gewährleisten.

Die ungarische Regierung unterlegt unbegreiflicherweise noch immer den Zeitungen, über die Tatsache der bevorstehenden Ueber-gabe zu berichten. Insbesondere erscheinen die Odenburgblätter sensuierter, mit grobem weißen Flecken. Die Budapest-er Zeitungen glauben noch immer auf die deutsch-österreichische Regierung zu zählen, daß Verhandlungen wegen Deutsch-Westungarns stattfinden müßten, obgleich es durchaus feststeht, daß Deutsch-Oesterreich auf Verhandlungen nicht eingehen kann.

Entlang der Grenze Westungarns sind die ungarischen Truppen vertrieben worden. Die Kontrolle der Einreisenden wurde verweigert. Man verheißt diese Maßnahme nicht, da die Entente der Budapest-er Regierung ungewollt zu wissen gab, daß die Uebergabe des Burgenlandes bis zum 27. August durchgeführt sein muß, und da das Kabinetts-Beschluß formell erklärt hat, sich der Durchführung des Friedensvertrages nicht widersetzen zu wollen. Burgenländer, die sich in Wien eintrafen, sprachen die Befürchtung aus, daß die Ungarn zwar Odenburg räumen und sich zurückziehen würden, solange die Ententeoffiziere zugegen seien, daß aber ein Ueberfall im Falle Koranitz, und zwar in großem Maßstabe, in allen Einzelheiten vorbereitet werde für die Tage, in denen die Ententeoffiziere Westungarn verlassen werden. Es liegen auch bereits erste Nachrichten vor, die auf solche Vorbereitungen eines bewaffneten Aufstandes schließen lassen. Daß der Pariser Botschafterrat nur bis zum 10. August lauten sollte, bis zum 27. August verlängerte, hat offenbar in Budapest neue Hoffnungen erweckt.

Inzwischen sind inzwischen genaue Nachrichten aus Paris eingelangt, aus denen geschlossen werden kann, daß die französische Regierung in keinen weiteren Aufschub der Uebergabe Deutsch-Westungarns einwilligen wird. Inmehrin hat die Fristverlängerung Deutsch-Oesterreich schon insofern Schaden zugefügt, als die Ungarn einen großen Teil der Ernte aus dem Burgenlande abtransportieren sol-len, womit die wirtschaftlichen Erschütterungen, die Deutsch-Oesterreich aus dem Hinzukommen des landwirtschaftlich reichen Burgen-

Der Voranschlag des Arbeitsministeriums genehmigt.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge. — Arbeitsnachweis. — Das Betriebsrätegesetz. — 40000 Mark für Betriebsrätekurse. — Einstimmige Annahme des Nachtrags.

Die Novemberumwälzung des Jahres 1918 brachte uns neben anderen auch ein Arbeitsministerium, das bei der endgültigen Kabinettsbildung im April 1919, die eine Verminderung der Zahl der Ministerien von 11 bzw. 9 auf 7 im Gefolge hatte, unter der amtlichen Bezeichnung „Ministerium für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten (Arbeitsministerium)“ beibehalten wurde. Eigentlich wurde damit nichts Neues geschaffen, sondern es wurden die einschlägigen Abteilungen vom Ministerium des Innern, das in der vorrevolutionären Zeit bei uns in Baden einen Umfang hatte wie in keinem anderen Bundesstaat, abgetrennt und zu einem selbständigen Gebilde zusammengeschlossen. Seit seinem Bestehen wird es von Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei geleitet. Der erste Minister war der Freiburger Gewerkschaftssekretär Margloff, der im April vor 2 Jahren dem Verkehrsminister der vorläufigen Volksregierung, Küdert, Platz machte, da das Eisenbahnministerium wieder mit dem Finanzministerium vereinigt wurde. Küdert legte bekanntlich in diesem Frühjahr das Amt nieder und seine Partei präsentierte den Ehren doktor der Freiburger medizinischen Fakultät, Stadtrat Engler, der wie seine beiden Vorgänger aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist. Im 3. Nachtrag zum Staatsvoranschlag wurden für das Arbeitsministerium im ordentlichen Etat 413 000 Mark und im außerordentlichen 29 243 000 Mark angefordert. Eine statliche Summe, deren Anlage uns aber dereinst gute Zinsen bringen wird. Die allgemeine Beratung dieses Voranschlags war in der heutigen Vormittagsitzung von rein sachlichen Gesichtspunkten getragen. Außerdem war sie nur von kurzer Dauer; es sprachen nur zwei Redner, einer vom Zentrum und einer von der sozialdemokratischen Fraktion. Ihnen erwiderte Minister Engler. Eine der größeren Sorgen, die uns drückt, ist die Fürsorge für die Arbeitslosen, die uns heute große Summen Geldes kostet. Das eine steht fest: so wie bisher kann es nicht weiter gehen; wir müssen in dieser Frage endlich einen Schritt weiter kommen. Dieser Auffassung huldigt auch der Minister. Vor allem muß die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge umgestaltet werden. Der Standpunkt des Ministers: Reich und Länder müssen große Arbeitsmöglichkeiten durch die Erstellung von Kraftwerken, durch den Bau von Kanälen, Wohnungen, durch die Urbarmachung von Oed- und Sumpfland, durch die Steigerung der Produktion von Nahrungsmitteln im Lande schaffen, ist zu billigen, denn auf diese Weise kann wirklich produktive Arbeit für das Volksganze geleistet werden und die für die Erwerbslosen aufzuwendenden Summen werden nutzbringend angelegt; bisher soll das nicht immer der Fall gewesen sein. In der Einzelberatung spielten wie im Haushaltsausgang die Betriebsrätekurse eine größere Rolle. Der Voranschlag sah 15 000 Mark vor und zwar sollen aus dieser Summe den Gewerkschaften (Vermittlung der Kenntnisse auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, der sozialen und bürgerlichen Gesetzgebung) zugewiesen werden. Auf Anregung Dr. Glöckners brachten Dr. Schofer, Dr. Lefer und er selbst in der heutigen Sitzung einen Antrag auf Erhöhung dieser Summe auf 40 000 Mark ein mit der Bedingung, daß daraus nicht allein Gewerkschaften, sondern auch andere Betriebsräte zur Veranstaltung solcher Kurse Zuschüsse erhalten. Die Regierung soll das freie Verfügungsrecht, aber auch die volle Verantwortung erhalten. Der Pforzheimer Fabrikant Habermehl beauftragte vom Standpunkte seiner Berufscollegen aus die Wirkung des Betriebsrätegesetzes seit seinem Bestehen; Maier-Heidelberg und Ziegelmair-Oberkirch zeigten die Vorzüge des Gesetzes für die Arbeiter. Diesen gegenseitigen Auseinandersetzungen gegenüber sprach Odenwald Worte der Verjüngung und des Ausgleichs. Mit den Volkshochschulen in ihrer gegenwärtigen Form hat der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kraus keine guten Erfahrungen gemacht; am ersten Abend kamen 20 Teilnehmer, am zweiten 5-6 und am dritten zu diesen ein paar ganz neue; auf diese Weise ist natürlich keinerlei Erfolg und vor allem kein dauernder Erfolg zu erzielen. Der Rest des Voranschlags gab zu keinerlei Ausführungen mehr Anlaß; er wurde mit den vom Haushaltsausgang angeregten Veränderungen einstimmig angenommen. Am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, beginnt die letzte Sitzung dieser Tagung. Eine umfangreiche Tagesordnung und damit noch schwere Arbeit harret der Erledigung; geht diese Aufklärungsarbeit am Vormittag nicht, dann wird auch am Nachmittag eine Sitzung stattfinden.

Sitzungs-Bericht.

(57. öffentliche Sitzung.)

— Karlsruhe, 3. August. Präsident Dr. Kopf eröffnete die Sitzung um 9.25 Uhr.

Das Haus trat in die Beratung des 3. Nachtrags bei Hauptabteilung VIII

Arbeitsministerium

ein, über das Abg. Dr. Glöckner (Dem.) Bericht erstattete. Der Haushaltsausgang erlucht um Bewilligung der Verdoppelung der Summe von 15 000 M für die Abhaltung von Betriebsrätekursen. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, den Nachtrag zu genehmigen einschließlich der schon vorweg bewilligten Positionen in Ausgabe jährlich mit 413 000 M im ordentlichen Etat und 29 243 000 M im außerordentlichen Etat und in Einnahme mit 121 090 M im außerordentlichen Etat.

In der allgemeinen Beratung erklärte Abg. Heurich (Ztr.): Der Etat des Arbeitsministeriums ist sehr mager ausgefallen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß intensiver ausgearbeitet werden. Eine Hauptaufgabe auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ist die Schaffung eines allgemeinen Arbeitsrechts. Wir verlangen paritätische Zusammenfassung der Arbeitsnachweise im neuen Gesetz. Am nächsten Tag halten wir sie.

Abg. Arnold (Soj.): Wenn sich eine Mehrheit findet, den Zuschuß zu den Betriebsrätekursen zu unterbinden, werden sich die Arbeiter selbst hinsehen und sich im Wirtschaftsleben umsehen, um den Herrn Arbeitgeber „in die Suppe zu spucken“.

Arbeitsminister Dr. Engler: Mit den Anträgen hinsichtlich der Betriebsrätekurse sind wir einverstanden. In der Arbeitslosenversicherung müssen wir möglichst bald einen Schritt nachwärts kommen. Das Reich muß dazu übergehen, Arbeitsgelegenheit im Großen zu schaffen, wie Kanäle, Kraftwerke, Urbarmachung von Boden usw. Wir müssen den Papierdebauchen kleiner und die Nahrungsmengen größer machen. Der Arbeitsnachweis muß paritätisch zusammengestellt sein. Eine Zentralisation kann nicht in Berlin, wohl aber im einzelnen Lande erfolgen. Die Besugnis des Demobilisationskommissars erlreicht sich nicht auf Baden, da wir in Baden keine Städte haben mit über 100 000 Einwohnern, von denen 1 1/2 Proz. arbeitslos sind. Wir werden dort Wohnungen erstellen, wo auf längere Zeit hinaus Arbeitsgelegenheit besteht.

Einzelberatung.

Abg. Richter (Soj.) wünschte ausreichende Mittel für Arbeitsnachweise. Die Arbeitsämter verdienen nicht den Vorwurf der Parteilichkeit. Die Ausbildungskurse für Sozialbeamten lassen den Befürchtung, daß vorzugsweise höhere Beamten in den Beruf kommen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) begründete einen Antrag Glöckner-Schofer, den Betrag von 15 000 M auf 40 000 M für die sachgemäße Heranbildung von Betriebsräten zu erhöhen. Mit der Überweisung der Mittel an die Gewerkschaften sind wir nicht einverstanden. Es wird erwartet, daß die Mittel verwendet werden für die Betriebsrätekurse, gleichviel, von wem sie abgehalten werden. Der Regierung bleibt die freie Verfügung und Verantwortung für die Verwendung der Mittel überlassen.

Abg. Habermehl (D.N.): Die Einrichtung der Betriebsräte sind eine Konzeption die den Arbeitern gegeben werden mußte. Welche Kreise stehen ihr feindlich gegenüber; auch in Arbeitsbetrieben hat man sich mit dem Betriebsrätegesetz befreunden, denn nicht alle Arbeitgeber sind „antiformal“ und „rückständig“. Wir können nicht reiflose Befriedigung über die Tätigkeit der Betriebsräte äußern. Viele Betriebsräte haben sich bis jetzt in abwegiger Richtung bewegt. Aus diesen Erscheinungen heraus ziehen sich viele Arbeiter von den Betriebsratswahlen verärgert zurück. Es gibt Forderungen, die weit über das Mögliche hinaus gehen und nicht von den Arbeitern ausgehen, sondern von jugendlichen Personen, die gegen die gewählten Vertreter der Arbeiter arbeiten. Aus diesen Gründen muß ich die Streichung der Position beantragen; sollte aber der Antrag abgelehnt werden, dann muß ich verlangen, daß die Gelder dem Ministerium überwiesen werden.

Abg. Maier-Heidelberg (Soj.): Das Unternehmertum gibt wieder Aufforderungen kund, die in volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht rüchrichtig sind. Die Betriebsräte werden durch die Kurse nicht maßgebend, wie behauptet wird. Millionen sind von den Gewerkschaften ausgegeben worden, um den deutschen Arbeiter auf seine jetzige Höhe zu bringen. Die 40 000 Papiermark bedeuten für den gewerkschaftlichen Kampf gar nichts, aber die Gewerkschaften haben die Pflicht, daß der betriebsräteartige Gedanke Herr wird. Dazu sollen die Betriebsrätekurse dienen. Die Gewerkschaften werden die eigentlichen Grundschulen für Betriebsräte sein. Wir stimmen dem Antrag Dr. Glöckner-Schofer. Das Ministerium soll bei der Verwendung freie Hand haben.

Abg. Ziegelmair-Oberkirch (Ztr.): Unsere ganze Schulbildung war mehr auf allgemeine als auf volkswirtschaftliche Kenntnisse eingestellt. Im Interesse der Industrie liegt es, das Betriebsrätegesetz gestund auszugeben. Die Betriebsrätekurse sollten für den Arbeiter eine Grundlage für seine weitere Fortbildung geben. Im Betriebsrätegesetz finden wir eine unmaßvolle Aufgabe für die Mitarbeit der Arbeiter.

Abg. Odenwald (Dem.) erklärte, daß er der Position nicht zustimmen könne, da die Arbeitgeber und ihre Stellvertreter von der Teilnahme an den Kursen ausgeschlossen seien.

Abg. Dr. Kraus (Soj.): Die Betriebsrätekurse leiden an ihrer Vielheit. Eine bestimmte Anzahl von Leuten sollten von den Gewerkschaften zur regelmäßigen Teilnahme der Kurse und ihrer Durchführung verpflichtet werden.

Arbeitsminister Dr. Engler: Bei der Beurteilung eines Schulsystems muß man vorsichtig sein. Es ist noch nicht der Zeitpunkt gekommen, um zu sagen: Das ist nicht das Richtige. Zunächst würde festzustellen sein, wo Kurse abgehalten werden, Namen der Redner, Themen usw. Auch der Betrag von 40 000 Mark ist nicht so groß, daß das Arbeitsministerium in die Sache allzuviel hineinsprechen darf. Es kommt viel auf den Lehrer an.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Der Minister soll von Fall zu Fall die Notwendigkeit der Unterstützung prüfen. Es wäre wünschenswert, daß auch Arbeitgeber Geist und Inhalt des Gesetzes kennen und Kursen für Arbeitgeber müßte dieselbe Unterstützung des Staates gewährt werden. Das Betriebsrätegesetz hat auch gute Erfolge gezeitigt.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Habermehl, Sotter und Ziegelmair-Oberkirch erklärte der Berichterstatter

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) sein Einverständnis mit den Erklärungen des Ministers. Um die Zustimmung des Zentrums zu unserem Antrag zu erhalten, haben wir die „Zulassung von Arbeitgebern und ihren Stellvertretern“ getrichen.

Der Antrag Glöckner-Schofer, 40 000 Mark für die Betriebsrätekurse einzustellen, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und des Abg. Dr. Odenwald (Dem.) angenommen.

Hierauf wurde der gesamte 3. Nachtrag zum Arbeitsministerium mit den dazu vorliegenden Anträgen des Haushaltsauschusses einstimmig genehmigt.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittags 10 Uhr: 4. Nachtrag. Kleine Vorlagen. Wahl des Staatspräsidenten usw.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Der Verein bad. Lehrer an gewerblichen Schulen.

hielt in Offenburg seine Hauptversammlung ab, die aus dem ganzen Lande gut besucht war. Der 1. Vorsitzende, Gewerkschaftshauptlehrer Kehler aus Freiburg, erstattete den Tätigkeitsbericht. Dann würdigte er die Verdienste des im vorigen Jahre zurückgetretenen langjährigen Führers des Vereins, des Gewerbe-Fachlehrers Bingler in Gaggenau, der von der Hauptversammlung zum Ehrenmitglied einstimmig ernannt wurde. Von großem Interesse war der Vortrag des Vorsitzenden über „Die beamtetenrichtliche Stellung der Hauptlehrer an gewerblichen Schulen, aufgrund des neuen Besoldungsgesetzes“. Weiter wurde behandelt über die „Einreichung der Lehrerinnen an Gewerbeschulen“, „Neubildung der Bezirksvereine“, „Künftige Vereinsarbeit“, „Dienststellenausschüß“, „Beziehungen zum Bad. Lehrerbund und Deutschen Gewerkschaftsbund“ und „Aenderung der Vereinsjahrgänge“. Seit Ostern d. J. hat sich eine weitere Arbeitsgemeinschaft „Bauland“ gebildet, deren Leiter Hauptlehrer Bruch in Offenburg ist.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Hauptlehrer Kehler, Freiburg; 2. Vorsitzender: Hauptlehrer Feuerstein, Hohenheim; Schriftführer: Hauptlehrer Schmittlein, Karlsruhe; Redner: Hauptlehrer Bogelbacher, Karlsruhe; Schriftleiter der „Mitteilungen“: Hauptlehrer Sieck, Karlsruhe; Beiräte: Gewerkschafts-Fachlehrer u. Architekt Glaser, Karlsruhe; Lehrer Heidenreich, Freiburg und Zel. Lehrerin Spe, Karlsruhe. Dem Gesamtvorstand wurde für sein erfolgreiches Arbeiten um Ehrenmitglied Bingler herzlichster Dank ausgesprochen. Die nächste Hauptversammlung soll im Mai 1922 in Baden-Baden stattfinden.

— Karlsruhe, 3. August. Vom 1. August an verändern sich die Gewichtgebühren für Postpakete nach allen Ländern mit den Zeitwegen über Hamburg-England und Belgien oder Niederlande-England, weil die britische Postverwaltung, wozu sie nach den bestehenden Verträgen berechtigt ist, veränderte Gebührentarife — teils höher, teils niedriger als bisher — beantragt. In den sonstigen Annahmeverhältnissen hat sich nichts geändert. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

§ Durlach, 3. Aug. (Kriegdenkmal.) In einem der letzten Sonntage wurde in der katholischen Pfarrkirche das Denkmal für die in dem Weltkriege Gefallenen eingeweiht. Das Denkmal, auf welchem der Erzbischof, Baurat Segrotz in Karlsruhe die Worte sprach, wurde von dem Karlsruher Bildhauermeister Friedrich Duitmer höher modelliert und ausgeführt. In der Mitte des Denkmals sind auf einer Tafel die Namen der Gefallenen verzeichnet, rechts und links davon reichen Friedensengel den Gefallenen einen Ehrenkranz, der sich um ein Eilernes Kreuz schließt.

— Mannheim, 3. Aug. Der Reichsverband der Besizer und Pächter der Badeanstalten, sowie sachlich verwandter Betriebe hielt hier eine außerordentliche Generalversammlung ab, die u. a. den Beitritt zu dem Verein der Badebesitzer zu gründenden Zentrallieferantenvereinigungen G. m. b. H. beschloß. Dann beschloß die Versammlung mit einer Prüfungsordnung für die Bewerbung und Führung des Titels Wasser- und Bademeister.

1. Steinen (Wiesental), 3. Aug. (Zum Bürgermeister) wurde der frühere Fabrikmeister und jetzige Geschäftsführer des Konsumvereins Karl Strübe gewählt. Auf den bisherigen Berufs-bürgermeister Ritt entfielen etwa ein Sechstel der abgegebenen Stimmen. Seine Amtsführung hat nur wenig mehr als zwei Jahre gedauert.

Kleine Mitteilungen. Im Gemeindebezirk von Gamburg (M. Wertheim) entstand ein Brand, dem etwa 30 Hektar Waldbestand zum Opfer fielen. — Der 24. Jahrestag des Kaiserthums ist bei Langfurt beim Baden im Main ertrunken. — Zum Bürgermeister von Rönninghausen wurde Amtsbürgermeister Andreas Block gewählt. — In Bad Dürrenheim brannten Wohnhaus und Scheune des Landwirtes Joh. Rehholz nieder. — In der hiesigen Kleinen Emmendingen wurden Treibriemen im Werte von 3000 Mark gestohlen. — In der Umgegend von Freiburg wurde von einem Kraftwagen herab ein Koffer gestohlen, dessen Inhalt einen Wert von einer halben Million Mark hat.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, morgens 6 Uhr: 1,02 m, gefallen 2 cm.
Kehl, morgens 6 Uhr: 1,97 m, gestiegen 1 cm.
Marau, morgens 6 Uhr: 3,48 m.
Mannheim, morgens 6 Uhr: 2,19 m, gestiegen 4 cm.

Die beste Erfrischung

Ist das köstliche Oberka-Bis. Einfachste Herstellung, selbst ohne Eismaschine mit Oberka-Eispulver. Pflöchen nur 2,- in besseren Lebensmittelgeschäften und Drogerien erhältlich.

Theater und Kunst.

Sommeroperette im Städtischen Konzerthaus.

Erstaufführung: „Das Hollandweibchen“ von E. Kallmann.

Zwei Fürkinder müssen einander heiraten, ohne sich vorher kennen gelernt zu haben. Diesem Thema begegnen wir in der „Rolle von Stambul“ von Leo Fall, die zur Zeit auf dem Spielplan steht, und ihre alte Jugart zeigt. Aber auch hier ist es bereits hundertster Versuch; denn die ältere Operette, das Unterhaltungslustspiel, der Drogenroman und der Film haben es in den verschiedensten Variationen aufgezollt, und nicht immer wurde diese abgedroschene Geschichte durch ein Brettwalzen wie im „Hollandweibchen“ von Emmerich Kallmann vor die schlaftrüge Türe der Langeweile gerückt, daß diese weniger stark aufkommen konnte, sorgten die beiden Liebespaare des Textes, die Herren Leo Stein und Bela Jenach, indem sie mit toller Berechnung auf altbewährte Situationsomits griffen, diese alte und wenig neue Witze austreteten; die Handlung, die in dieser unbeholfenen Anlage nur für zwei Akte anreicht, zum guten Teil nach Holland verlegten, um dadurch schauderliche Bilder, Kostümpfand und Tänze zu gewinnen — kurz: Die Verfasser haben alles zusammengetragen, was zweiseitig ist und von vornherein den äußeren Erfolg sichert.

Es ist aber keine Operette entstanden, sondern eine altfadene, sentimentale Posse mit Musik und Gesang, für die neben einigen kräftigen Strichen ein reiches Feilhack unbedingte am Plage ist. Beides vermischte man bei der hiesigen Erstaufführung. Dann stellt sich die kleine Bühne der Auswirkung des sich launig über die beiden andern erhabenden zweiten Aktes entgegen. Der singliche Chor konnte sich nicht entwickeln, und die holländischen Tänze wirkten recht armselig. Vielleicht findet sich doch ein Weg, die Bühne wieder vorzulegen, wie dies im letzten Jahre geschehen war. Eine solche Veränderung bringt nicht nur dem Theater einen Gewinn, sondern kommt sehr dringenden Wünschen der Besucher der zweiten Hälfte des Saales entgegen, da sich daraus eine annehmbare Hörmöglichkeit ergibt.

Gelegentlich der Wiederaufnahme der „Cardasfüßlin“ haben wir als eigenes Merkmal den magarischen Rhythmus von Emmerich Kallmann hervorgehoben. Die Quelle der melodischen Erfindung war nie reich und scheint von dem genannten Wert ab immer spärlicher zu stehen; denn die folgenden „Falschingsse“

„Hollandweibchen“ leben von Erinnerungen an eigene und fremde Weisen. Puffstaklänge, Feuer, Temperament leuchten selten auf, statt dessen hat der schmauchende Wiener Walzer seinen Eingang gehalten, und findet im zweiten Akt in dem Duett „Hollandweibchen mit dem Häubchen“ seinen Höhepunkt. Kallmann wußte, daß er hier einen Schmarren zu vertonen hatte und schleuberte die Musik in sorgloser Eile heraus. Darüber kann das stellenweise üppige Orchester nicht hinwegtäuschen.

Den Heiterkeitserfolg hatte der zweite Akt. Frohe Laune brachten die Pseudo-Holländer der Frau Lotte Lange-Bale und des Herrn Karl Loebell. Neben ihnen trat mit erquicklicher Frische der Dr. von Störzel des Herrn Julius Herold hervor. Sie haben den Hauptanteil an dem Erfolg. Die Titelfrolle lang mit Wohlklang Fräulein Lola Caroly, die in den verschiedenen Kostümen guten Geschmack zeigte. Die Sentimentalität, mit der diese Gestalt reichlich überpöhlte, sollte sie in stärkerem Maße zurücktreten lassen. Den ausretenden Prinzen spielte Herr Peter Hoeneckers und hatte im mittleren Akt gelanglich gute Momente. Die Bühnenbilder, besonders das zweite mit dem Bild aus Meer, waren von Herrn Loebell sehr wirkungsvoll gestellt.

Das Orchester spielte unter Joseph Kellners Leitung tanzbar und mit Hingebung. Aber auch hier ist Tempo zu wünschen, trotz des ausgedehnten zweiten Aktes.

Schloßbeleuchtung in Heidelberg.

Heidelberg hat am Montag wieder einmal eine Schloßbeleuchtung gehabt, nachdem die vorjährige bisher die einzige nach dem Kriege geblieben war. Die Züge hatten viele Tausende von außerhalb gebracht, und Heidelberg selbst und die nächste Umgebung stellten weitere Tausende, so daß eine unüberschaubare Menschenmenge zusammenkam. Um 9 1/2 Uhr stand wie mit einem Zauberstrich das Schloß in roter Glut. Die Flammen schienen um die schönsten aller Ruinen, die sich in wunderbarer Plastik vom Dunkel des Waldgebirges abhob. Viele Hunderttausende aus aller Welt haben diesen Anblick schon gehabt, nicht wenige auch schon zu wiederholten Malen, und doch erfreut der Anblick der beleuchteten Schloßruine jedesmal von neuem in seiner einzigartigen Romantik das Herz. Als die Glut im Schloße erlosch, sprangen Sprühfeuer an der alten Brücke in hochgewölbten Bögen auf und ergossen gleich Wasserfällen ihre goldene Flut in den Neckar. Und dann wurde auch die Brücke noch rot

beleuchtet, so daß sie sich wie vorher das Schloß jetzt sehr unruhig aus dem dunklen Tal herausob. Langsam erloschen die Koffer. Während zahlreiche Boote nach mit bunten Lampen den Neckar besetzen, gingen die Zehntausende von Menschen die Straßen zurück, fliegen vom Philosophenweg herbeie und drängten in endlosem Zuge über die Brücken in die Stadt und zum Bahnhof. Heidelberg hatte wieder einmal einen seiner Glanztage alten Stils, wenn auch nicht ganz im verklärten Prunk der Vorkriegszeit. M. P.

Die Tochter des Lordkanzlers als Filmschauspielerin. Die letzte große Neuigkeit in der englischen Gesellschaft ist, daß Lady Eleanor Smith, die Tochter des Lordkanzlers Viscount Birkenhead, sich entschlossen hat, Filmschauspielerin zu werden. Lady Eleanor, eine ungewöhnlich schöne, junge Dame, hat schon das größte Interesse für den Film gehabt und sie sah sich stets alle Filme von einiger Bedeutung an, die in London vorgeführt wurden. Ihr Vater, der Lordkanzler, ein sehr ernsthafter Herr, der sich seiner hohen Stellung und der damit verbundenen Verpflichtungen gründlich bewußt ist, schätzte zwar den Kopf über die Neigungen seiner Tochter, aber er hatte es sich nicht träumen lassen, daß sie ernstlich mit dem Plane umging, sich gleich zu vielen anderen jungen Engländerinnen aus guter Familie dem Film zu widmen. Auf einem großen Empfang beim Lordkanzler, bei dem die Spigen der Gesellschaft anwesend waren, erklärte Lady Eleanor offen ihre Absicht, zum Film zu gehen. Da sie aber als etwas erzerrliche junge Dame bekannt war, nahm sie niemand ernst — am allermeisten taten es ihre eigenen Tanten. Indessen errieth sie weiter, daß sie bereits in den nächsten Tagen bei einer Aufnahme eine große Rolle spielen werde und sie ihrem wirklich einige Freundinnen, die das bezweifelten, Lady Eleanor bestze ein höchst ungewöhnliches Talent, erstaunlich schnelle Auffassung und großes Annahmsvermögen. Als die Annahmen beendet waren, fuhr Lady Eleanor in Begleitung ihrer Freundinnen zu ihren Eltern zurück und teilte ihnen mit, daß sie ihr Debüt als Filmschauspielerin hinter sich habe, und daß sie bereits für eine Reihe größerer Rollen verpflichtet sei. Dem Lordkanzler und seiner Gattin blieb nichts übrig, als sich in das Geschick zu fügen. Lady Eleanor, in dessen Sinn vergrößert weiter, und zwar mit solchem Erfolge, daß sie aenwärtig Angebote von mehreren Filmgesellschaften besitzt und ernstlich beschloßen hat, sich dauernd dem Film zu widmen.

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

Handelszeitung der Badischen Presse.

Die Sanktionen, der Ruin des rheinischen Wirtschaftslebens.

Unter diesem Titel hat der Verband Kölner Großfirmen eine von seinem Syndikus, Dr. Jos. Heimann, verfasste Zusammenfassung der Wirtschaftsschäden herausgegeben, die durch die Zwangsmaßnahmen der Verbandsmächte hervorgerufen sind.

In zwei graphischen Tafeln übersteht man die Schadensquellen und das Maß der Folgen, die durch die Zollmaßnahmen und das Genehmigungsverfahren hervorgerufen werden, sodas sich ein klares Bild von dem Rückgang des Umsatzes und der Einschränkung der Arbeitsgelegenheit ergibt. Von den unheilvollen Wirkungen der Sanktionen werden alle Gewerbezweige des Handels und der Industrie betroffen. Die Größe der durch die Sanktionen herbeigeführten Verkehrsstörungen zeigen folgende Zahlen:

Auf dem Eisenbahndirektionsbezirk Köln harrten am 23. Juli 4136 beladene Güterwagen ihrer zollmässigen Abfertigung. Die Durchschnittszahl der in der Zeit vom 15. Juni bis 30. Juni zu verzollenden Wagen betrug täglich im gleichen Bezirk 3795 Wagen. Allein auf den Güterbahnhöfen der Stadt Köln waren am 5. Juli der Zollbehörde 2036 Wagen vorzuführen, von denen in Anbetracht der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Zollbeamten nur ein kleiner Bruchteil abgefertigt werden konnte.

Die Schäden der Sanktionen werden hervorgerufen: 1. durch die Zollmaßnahmen, 2. durch das Genehmigungsverfahren. Beide führen zur Erschwerung des Bezuges von Waren und Rohstoffen und zur Erschwerung des Absatzes von Waren und Erzeugnissen. Für unmittelbare Schäden kommen in Frage: 1. Belastung der Rohstoffe und Erzeugnisse — vielfach beider — mit den Zoll- und Emser Gebühren, 2. Vermehrung der unproduktiven Arbeit durch die mit der Verzollung und dem Genehmigungsverfahren verbundenen Mehrarbeiten und außerordentlichen Schwierigkeiten. Als mittelbare Schäden kommen in Betracht: 1. Störungen des Güterverkehrs und Warenanstands bis zur zeitweise völligen Störung, 2. Vermehrung der Kosten durch Entlohnung der mit der Erledigung der Verzollung und des Genehmigungsverfahrens betrauten Arbeiter und Angestellten, sowie durch Verstärkung der Reichhaltigkeit erhöhte Lagerkosten, Konventionalstrafen wegen verspäteter Lieferungen usw., 3. ein hartes Wiederauftreten des Schieber- und Schmuggleriums und hierdurch Erschwerung des Absatzes durch unlaute, unter günstigeren Verhältnissen arbeitende Wettbewerber.

Jede dieser Schadensquellen für sich genommen, hat notwendigerweise mehr oder minder großen Rückgang des Umsatzes und hierdurch des Gewinnes zur Folge und muß somit auf dem Umwege über Arbeitslosigkeit, Verminderung der Zahl der Arbeiter und Angestellten, Stilllegung des Betriebes, Entlassung familiärer Angehöriger und Arbeiter, zum Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung im besetzten Gebiet und zur sozialen Not führen, umso mehr, als in den weitaus meisten Fällen sämtliche Schadensquellen gleichzeitig nebeneinander und in nicht wenigen Fällen — zum Beispiel beim Bezug von Rohstoffen aus dem besetzten Gebiet und Absatz der Erzeugnisse im unbesetzten Gebiet — sogar zweifach in die Erscheinung treten können, wodurch der Vernichtungsprozess noch beschleunigt wird.

Von den Schäden einzelner Gewerbe ist noch zu erwähnen: Der durch das Transportgewerbe vermittelte Güterverkehr ist gegenüber dem regelmäßigen Umschlag vor Eintritt der Sanktionen im mittleren Durchschnitt um 60 Prozent zurückgegangen. Die Umschlag einer bedeutenden Transportversicherungsgesellschaft sind schon jetzt um rund 75 Prozent zurückgegangen. An Stelle der vorherigen großen Nachfrage nach Braunkohle wird der Lieferant ganz bedeutender industrieller Betriebe von seinen Kunden im besetzten Gebiet jetzt gebeten, mit der Lieferung zurückzukommen. Bedeutende Elektrizitätswerke stehen vor der Notwendigkeit, ihre Stromerzeugung auf 50 Prozent der früheren herabzuschrauben. Beim Fortbestand der Sanktionen sind Industrie und Handel in kurzem gezwungen, die Dauer ihrer Arbeitszeit und die Höhe ihrer Arbeiter- und Angestelltengehälter dem verminderten Umsatz anzupassen. Schon jetzt machen sich allenthalben Vorkämpfungen geltend, durch Verlegung der Werke oder zumindest ihrer Schwerkraft in das unbesetzte Gebiet, den Wirkungen der Sanktionen auszuweichen, und durch Gründung von Filialbetrieben im freien Deutschland die Beziehungen zu der dortigen Kaufkraft aufrechtzuerhalten. Von Nord und Süd, von Ost und West durch die Zwangsmaßnahmen eingeengt, kann im Rhein- und Moselgebiet für den realen Kaufmann und Industriellen nur ein ökonomischer Wirtschaftsbetrieb übrigbleiben, nicht groß und stark genug, den äußeren Bedürfnissen des besetzten Landesteils zu genügen, geschweige denn Lebensfuß zu erzielen.

Im Zusammenhang mit dieser Darstellung ist auch die Meldung von Interesse, das das deutsche Kalisyndikat, nach einer Mitteilung der Rheinischen Landwirtschaftskammer, droht, die Zufuhr von Kali ins besetzte Gebiet zu sperren, weil die Emser Stelle ohne Nachprüfung Ausfuhrbewilligungen für Kali erteilt, das für die Landwirtschaft des besetzten Gebietes bestimmt war, so das im Auslande dem aus dem unbesetzten Gebiete ausgeführten Kali ein unläuterer Wettbewerb bereitet wird.

Industrie und Handel.

Badische Gesellschaft für Zuckerraffination in Waghäusel. Im Spätjahr und Winter 1920 gingen allerlei Gerüchte von großen

Zuckerfabriken, wobei auch der Name der Zuckerfabrik Waghäusel genannt war. Die Direktion von Waghäusel ist diesen Gerüchten auf die Spur gegangen. In der Beleidigungslage, die beim Amtsgericht Wipplersburg anhängig gemacht wurde, hat in der vorerwähnten Woche stattgehabten Hauptverhandlung der aus Worms stammende Angeklagte nicht den geringsten Beweis für seine Behauptungen erbracht, ja einen solchen nicht einmal anzutreten versucht. Er hat seine üblen Nachreden mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgezogen und seinen Irrtum zurückgeführt auf eine Verwechslung mit Zuckerfabriken, die vom Badischen Landesverein für Bienenzucht bewerkstelligt worden waren.

K. Ostgroßhandel der badischen Bergstraße. Seitens des Ostgroßhandels der badischen Bergstraße werden seit kurzem Versuche mit der Einfuhr italienischen Obstes gemacht, das sich franks Wein heim im Durchschnitt 30 Proz. billiger stellt als das heimische Obst. Nachdem auf telegraphische Erkundigung der Reichswirtschaftsminister die Drahtantwort gab, daß Birnen, Äpfel und Zwetschgen aus Italien mit Ausnahme von Gelobst zur Einfuhr frei sind, wurden mehrere hundert Waggons in Auftrag gegeben, wovon schon einige nach Berlin und Hamburg abgerollt sind.

Deutsche Gold- und Silberverhüttung, Frankfurt a. M. Die G. B., in der 32 Aktionäre mit 20 Mill. Vorzugsaktien- und 31 733 Stammaktienkapital vertreten waren, genehmigte die Dividende von 25 (21) Prozent.

Metallwerke in Frankfurt a. M. Die Gesellschaft hat laut „Metallwerke“ einen bedeutenden Auftrag für die italienische Kolonie Erythraea erhalten. Es handelt sich um schwere Schwellen und Schienen in einem Umfang von mehreren tausend Tonnen.

Maschinenfabrik Woenus A.-G., Frankfurt a. M. In der a. o. G. B. waren 3 794 000 Stamm- u. 952 000 alte Vorzugs- und 740 000 neue Vorzugsaktien vertreten. Die Anträge, wonach das Stimmrecht der 1920 ausgegebenen Vorzugsaktien um 6 auf 10 Stimmen erhöht wird, wurden sowohl in gemeinsamer als auch in gesondelter Abstimmung der Stamm- und Vorzugsaktionäre ohne weitere Aussprache angenommen. Zur Begründung der Stimmrechtserhöhung wurde Heberverbindung angeführt.

Rothheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., Mainz-Rothheim. Das Bezugsrecht auf die 6. Mill. neuen Aktien ist bis einschließl. 20. August auszuüben. Auf jede alte Aktie entfällt eine neue zu 125 Proz. mit Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1921. In Frankfurt a. M. kann das Bezugsrecht bei der Filiale der Deutschen Bank und dem Bankhaus M. Hohenemer ausübt werden.

Vergewässerung und Wechsel-Rent A.-G. in Nürnberg. Das Geschäftsjahr fällt bekanntlich in Zukunft mit dem Kalenderjahr zusammen. Infolgedessen umfaßt das letzte Geschäftsjahr nur sechs Monate. Der Gewinn per 31. Dezember 1920 beträgt 3 047 704 Mark gegen 4 906 875 Mark im vollen Geschäftsjahr 1919-1920. Hierin werden 1 Mill. Mark der besonderen Rücklage zugewiesen und eine Dividende von 8 Proz. auf das erhöhte Aktienkapital von 40 Mill. Mark (i. R. 8 Proz. auf 20 Mill. Mark) ausgeschüttet und 1 459 808 Mark (1 100 932 Mark) auf neue Rechnung vorgetragen.

Steigende Futtermittelpreise. Seit Aufhebung der Zwangsverteilung für Butter sind die Preise auf den ersten Verteilergeräten rapid gestiegen und große Mengen fanden keine Käufer. Die Situation hat sich in den letzten Wochen wieder wesentlich verändert und die Preise gehen wieder langsam, aber ständig in die Höhe. Das dürfte auf die ungeheure Trockenheit und die dadurch bedingte große Futtermittelknappheit zurückzuführen sein.

Notierungen der Frankfurter Börse vom 3. Aug.

Bank- und Industrie-Aktien.		Bank- und Industrie-Aktien.	
2.	3.	2.	3.
Bad. Bank	370	Harp. Bergb.	649 75
Dresd. Bank	213	Aschb. Zellst.	320
M.-D.-Cred. It.	164 25	Grün & Bilfr.	325
Österr. Ländl. B.	109 75	Com. Handelsg.	430
Österr. Kredit	128	Bad. Anilin	408
Wiener Bank	94 25	Scheid. Anst.	713
Württ. Notbk.	263	Höchst. Farb.	340
Bayern. Bank	422 50	H. F. V. Mannh.	310
Genösk. B.	430	O. L. Heberer	310
		Ö. Licht. Kraft	263
		Janich. Gebr.	335
		Adl. Oppenh.	200
		M.-F. Badenia	357
		Durlach	361
		M.-F. Fritz. Dr.	324
		Hald & Neu	450
		Karlsruher	770
		Not. Oberursel	463
		Schl. & Co. Hbg.	580
		Schuhf. Herz	288 50
		El. B. W. Kehl	545
		Sp. Rittlingen	600
		U. Fab. Furtw.	384
		W. Fuchs Hbg.	570
		Z. fbr. Waag	419
		Frankthal	419 75
		Benz-Motoren	242
		Mannh. V. Ges.	243 50

Frankfurter Börse vom 3. August. Die Tendenz kennzeichnete sich in Uebereinstimmung mit der festen Haltung am Devisenmarkt in fester Haltung, aber die Kaufkraft war entschieden weniger und die Kurse zeigten im Verlauf bis auf gewisse Spezialpapiere keine besonderen Veränderungen. Am Markt der unnotierten Aktien, der ein ruhiges Aussehen zeigte, wurden folgende Kurse genannt: M. meter Zellstoff 710, Stoemer 310 bis 308, Mansfelder Ruzge 5250, Winter Papier 287, Benzomotoren 245 bis 246, neu 239-242. Am Montanmarkt wurden Suderis mit 630 plus 10 genannt. Westeregeln zogen 5 Proz. an, Rhönig Bergbau waren bei reger Nachfrage um 20 Proz. gesteigert, dagegen verloren Saxpener bei erster Notiz 17 Pr. Auf Gelsenf. und Mannesmann gaben nach, Ruzge fest. Von sonstigen Industrieaktien stiegen Hirsch-Kupfer 403, Daimler schwächer 267. Höher gesucht waren Fahrzeugen Eisenad, niedriger Preßluft. Die Aktien der Farbgruppen erfuhren eine leichte Abschwächung. Holzverföhlung 526 3/4, Scheideanstalt 714 3/4. Der Elekromarkt zeigte bei geringem Geschäft eine unregelmäßige Tendenz. Lahmeyer und Bergmann traten höher in den Verkehr. A. G. und Licht u. Kraft schwach. Fünfpromzentige Goldmexikaner ansiehend. Sapag und Norddeutscher Mond fest. Im Verlauf behielt das Ge-

schäft seinen ruhigen Charakter. Nur der Einheitsmarkt war höher bei schwankenden Kursen. Höher gesucht waren Gebr. Jungblut Maschinen Eßlingen, Spinnerei Eßlingen, Brauerei Walle niedriger genannt. Die Börsch ließ ruhig bei unregelmäßiger Tendenz. Privatdiskont 3 3/4.

Notierungen der Berliner Börse vom 3. Aug.

Industrie-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktionen)		Industrie-Aktien (Hütten- u. Bergwerks-Aktionen)	
2.	3.	2.	3.
Aemmlat.	295	Dynamit-Trust	390
Aller. Klays	295	Elberf. Farb.	385 1/2
Alexanderw.	338	Essw. Bergb.	400
A. R. G.	343 75	Feldm. Papier	420
Aluminium	—	„Eltel“ & Guill.	420
Anzlo C. G.	457 50	Flit. Ma. Erz	580
Angsb. N. M.	408	Gaggenan-Ril.	474 50
Bad. Anilin	408	Gasmot. Deutz	388 50
Bergm. Elekt.	354	Gelsenk. Berg	419 5/8
Berl. Anst. Ma.	409	Görsch. Berg	401
Berl. Masch.	409	Goldsch. Ess.	713
Birk. Nitrabg.	373	Gritz. Masch.	308 5/8
Bismarckh.	373	Hann. Masch.	1125
Bochm. Gne	380	Hann. Wagg.	500
Böhrler Stahl	533	Harp. Bgb.	640
Brown Boveri	615	Hasper Elsen	397
Chem. Gröb.	743	Höchst. Farb.	341
„Abtr.“	690	Hösch	824
Daimler	680	Höhenlohe	242
Dessauer Gas	340	Kall. Acherst.	381 2/3
Dr. Lux. Bw.	490	Karlsmasch.	364 7/8
Dr. Teberow	614	Linde Elsen	392
„Ely. Bruch.“	331 7/8	Kostheim Cell.	445
„Erböl.“	—	Kyffhäuserb.	543
„Gasf. Auer“	475	Lahmeyer	274 7/8
Kaltwerke	643	Laurahütte	364 7/8
„Waffen.“	643	Linde Elsen	493 1/2
Eisenhbg.	327	Löwe-Werk.	469 50

Festverzinsliche Papiere.

% Dtsch. Schatzanw. Serie		% Dtsch. Reichsanleihe	
1.	2.	1.	2.
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50
93 50	93 50	97 50	97 50

Vom Valutamarkt.

Berliner Devisennotierungen. Berlin, den 3. August.

Telegraph. Auszahlung.		Telegraph. Anzahlung.	
2. 8. 21	3. 8. 21	2. 8. 21	3. 8. 21
Amsterdam	1612 4	1614 8	1617 50/100
Brüssel Antw.	203 85	204 15	204 15
Konstantin	1041 4	1043 4	1045 50/100
Kopenhagen	1248 7	1251 8	1253 50/100
Stockholm	631 8	633 8	635 50/100
Heilingsfors	124 10	124 40	124 80
Oslo	248 65	249 38	249 75
London	281 45	283 08	283 45

Frankfurter Devisennotierungen. Frankfurt, den 3. Aug.

Telegraph. Auszahlung.		Telegraph. Anzahlung.	
2. 8. 21	3. 8. 21	2. 8. 21	3. 8. 21
Amsterdam	1612 4	1614 8	1617 50/100
Brüssel Antw.	203 85	204 15	204 15
Konstantin	1041 4	1043 4	1045 50/100
Kopenhagen	1248 7	1251 8	1253 50/100
Stockholm	631 8	633 8	635 50/100
Heilingsfors	124 10	124 40	124 80
Oslo	248 65	249 38	249 75
London	281 45	283 08	283 45

Zürcher Devisennotierungen. Zürich, den 3. Aug.

Telegraphische Auszahlungen.		Telegraphische Auszahlungen.	
2. 8. 21	3. 8. 21	2. 8. 21	3. 8. 21
Holland	187 95	188	188
Schweiz	67 1/2	67 1/2	67 1/2
Frankfurt	7 1/2	7 1/2	7 1/2
Paris	46 41	46 33	46 33
London	21 73	21 65	21 65
Brüssel	25 20	25 20	25 20
Budapest	1 60/100	1 47	1 47
New-York	61 50	61 50	61 50
Amram	8 40	8 40	8 40
Kopenhagen	82 50	82 50	82 50
Stockholm	125	125	125
Kristiania	77 25	77 25	77 25
Madrid	178	178	178
Puenos-Aires	178	178	178

CARL LASSEN

Internationales Speditionshaus
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstrasse 73 Fernsprecher 1948 1949 1950

Spedition / Schifffahrt
Lagerung / Assekuranz

Von der Reise zurück

Dr. med. Erich Adler

Facharzt für Magen-, Darm- und Stoffwechsellkrankheiten

SPRACHSTUNDEN: 9-11 u. 3-5 Uhr.

Telephon 1972 Kaiserstraße 94
B21619

Grosse Posten

Frucht- Mehl- Kartoffel- Säcke

1 Posten lochr. le, gebrauchte Säcke

Sämtl. Restbestände in Sommerpferdedecken

werden zubezweckend herabgesetzt. Freisen abge, oben Lagerbesuch sehr lohnend für Wiederverkäufer.

A. Baer 12605

Kaiserstr. 133 — 1 Treppe hoch — Eing. Kreuzstr.

Briefumschläge werden rasch abgefertigt. Dr. Gerstl. Bad. Presse

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.

Wirtschaft mit Haus zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240182 an die „Bad. Presse“

Geschäfts-Haus mit Laden zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Nr. 240184 an die „Bad. Presse“

Wohnhaus oder Stadtwirtschaft zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. 240180 an die „Bad. Presse“

Kontrollkaffe National. laute sofort gen. bar. Angebote unt. J. A. 7087/2147 an die „Bad. Presse“ erbiten.